

Vor der Landtagswahl 2001

Am 25. März 2001 wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Am selben Tag findet ebenfalls die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz statt. Diesen beiden Landtagswahlen wird ein gewisser „Testwahl“-Charakter mit Rückwirkungen auf die bundespolitische „Großwetterlage“ (zum Beispiel Reformvorhaben) zugeschrieben, da sie in relativ kurzem zeitlichen Abstand zur nächsten Bundestagswahl im September 2002 stattfinden. In Baden-Württemberg stellen sich die zentralen Fragen: Wird es einen Fortbestand der christlich-liberalen Koalition unter Ministerpräsident Erwin Teufel und Walter Döring geben? Kann die SPD unter ihrer Spitzenkandidatin Ute Vogt wieder mehr Rückhalt bei den baden-württembergischen Wählern erlangen und ihr Wahlziel erreichen, deutlich über 30 % der Stimmen auf sich zu vereinen? Die GRÜNEN wollen sich, erstmals mit einem Spitzenkandidaten (Dieter Salomon), als dritte Kraft im Land behaupten. Hauptziel der südwestdeutschen Liberalen ist es, mit zweistelligem Ergebnis weiterhin Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Die seit 1992 im baden-württembergischen Landtag vertretenen REPUBLIKANER mit ihrem Spitzenkandidaten Rolf Schlierer wollen ihr Ergebnis von 1996 übertreffen. Neben der Frage nach dem Wahlsieger ist auch von besonderem Interesse, ob der Nichtwähleranteil bei der anstehenden Landtagswahl weiter ansteigt oder ob es gelingen wird, die Jungwähler wieder verstärkt an die Urnen zu führen.

Zunächst wird eine Rückschau auf die Wahlergebnisse der Landtagswahl 1996 gehalten, wobei besonders die regionalen Aspekte betrachtet werden. Des Weiteren werden die Ausschöpfungsquoten (Stimmenanteile der Parteien an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten) der Landtagswahlen 1992 und 1996 ausführlich dargestellt. Markante Ergebnisse aus der 1996 durchgeführten Repräsentativen Landtagswahlstatistik zur Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht, über das geschlechts- und altersspezifische Wahlverhalten sowie zur Altersstruktur der Wählerschaft runden die Untersuchung ab. Abschließend wird auf Umfang und Struktur der Wahlberechtigten bei der kommenden Landtagswahl eingegangen.

Das Wahlsystem in Baden-Württemberg

Das der Landtagswahl in Baden-Württemberg zugrunde liegende Wahlrecht kombiniert Elemente der Persönlichkeitswahl mit den Grundsätzen der Verhältniswahl. Nach diesem Wahlrecht für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg ist das Land in 70 Landtagswahlkreise unterteilt. Alle Wahlbewerber stellen sich in den Wahlkreisen zur Wahl, Landeslisten – wie etwa bei Bundestagswahlen – existieren nicht. Anhand der Stimmen, die jede Partei mit über 5 % der gültigen Stimmen insgesamt im Land erreicht hat, wird nach dem *d'Hondtschen Höchstzahlverfahren* festgelegt, wie viele Sitze sie bekommt. Bei der Verteilung der mindestens 120 Landtagssitze bekommen dann zunächst diejenigen Kandidaten ein Mandat, die in den 70 Landtagswahlkreisen jeweils die meisten Stimmen errungen haben. Diese 70 Mandate werden als Erstmandate bezeichnet. Daraufhin werden die Sitze jeder Partei auf die Regierungsbezirke verteilt, die direkt gewonnenen Mandate werden davon abgezogen. Die noch zu verteilenden Sitze werden an die Kandidaten vergeben, die die meisten absoluten Stimmen im Regierungsbezirk erzielt haben. Erhält eine Partei in einem Regierungsbezirk mehr Erstmandate, als ihr nach *d'Hondt* zustehen, so behält sie diese: Es entstehen so genannte Überhangmandate. Die anderen Parteien werden dafür proportional entschädigt (Ausgleichsmandate).

Der Wahlausgang von 1996 – Ein Rückblick

Die 12. Wahl zum baden-württembergischen Landtag am 24. März 1996 führte zu neuen politischen Kräfteverhältnissen im Land. Während die CDU mit leichten Stimmengewinnen auf 41,3 % kam, musste die SPD dagegen mit einem Stimmenanteil von nur 25,1 % gravierende Verluste hinnehmen. Der Wahlausgang bedeutete das Ende der Großen Koalition zwischen CDU und SPD; gegen deren Fortführung hatten sich allerdings beide Partner schon im Vorfeld dieser Wahl ausgesprochen. Die von der Union angestrebte Alleinregierung konnte mangels absoluter Mehrheit im Landtag nicht umgesetzt werden. So wurde eine christlich-liberale Koalition gebildet.

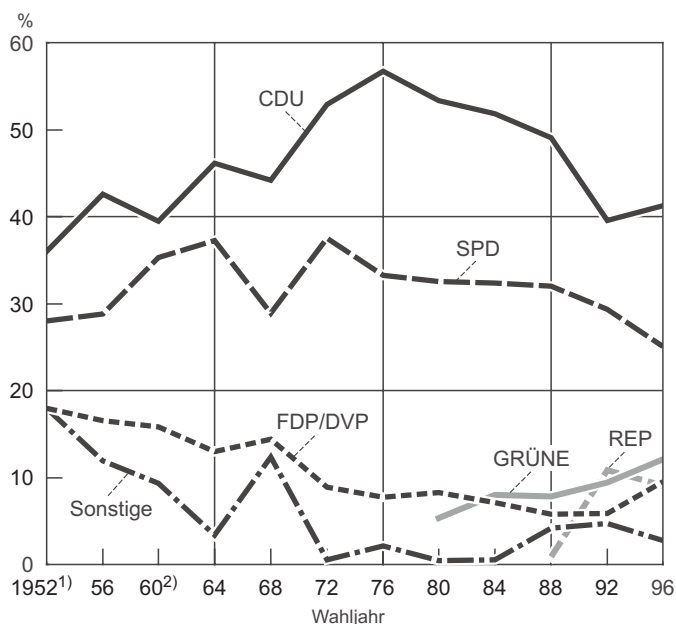
Die CDU erwies sich bei der Landtagswahl 1996 erneut als stärkste Kraft im Land (*Schaubild 1*). Seit der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung 1952 belegt die Union den ersten Platz im Parteienspektrum Baden-Württembergs, von 1972 bis 1984 erreichte sie sogar absolute Stimmenmehrheiten, mit einem herausragenden Spitzenergebnis von 56,7 % im Jahr 1976. Bei der Landtagswahl 1992 erlitt die CDU dann erd-

rutschartige Verluste und fiel um nahezu 10 Prozentpunkte auf einen Stimmenanteil von 39,6 % zurück. Die SPD dagegen musste 1996 mit empfindlichen Verlusten und einem Stimmenanteil von lediglich 25,1 % das schlechteste Ergebnis bisheriger



Die Autoren: Lic. rer. reg. Joachim Werner ist Leiter des Referats "Volkszählung, Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen", Dipl.-Geografin Jutta Demel ist Referentin in diesem Referat des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Schaubild 1
Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1952



1) Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung. – 2) Stand nach der Wiederholungswahl am 12. März 1961.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

32 01

Landtagswahlen in Baden-Württemberg hinnehmen. Die Sozialdemokraten erreichten bei der Landtagswahl 1972 mit 37,6 % ihr bisher bestes Ergebnis. In der Folge büßte die SPD von Landtagswahl zu Landtagswahl Stimmenanteile ein. Bei der Landtagswahl 1992 wurde von der SPD erstmals seit 1968 wieder die 30%-Marke verfehlt.

Die Partei der GRÜNEN steigerte ihren Stimmenanteil bei der Landtagswahl 1996 in Baden-Württemberg um 2,6 Prozentpunkte und konnte mit 12,1 % der Stimmen erstmals ein zweistelliges Resultat verbuchen. Mit ihrem bislang besten Wahlergebnis haben die GRÜNEN, die seit 1980 im Landtag Baden-Württembergs vertreten sind, die REPUBLIKANER vom dritten Platz verdrängt.

Mit einem Zuwachs von 3,7 Prozentpunkten auf einen Stimmenanteil von nunmehr 9,6 % hat die FDP/DVP bei der Landtagswahl 1996 ihre Position im Land ausbauen können. Bei den ersten fünf Landtagswahlen Baden-Württembergs kamen die Liberalen jeweils auf über 10 %. In den Jahren 1952 und 1953 stellten sie gar mit *Reinhold Maier* den ersten Ministerpräsidenten des neu entstandenen Bundeslandes Baden-Württemberg. Seit der Wahl von 1972 fiel die FDP/DVP dann kontinuierlich von Wahl zu Wahl auf das Niveau von 6 % zurück und lag 1992 damit nur wenig über der Fünfprozenthürde.

Die REPUBLIKANER überschritten bei der Landtagswahl 1996 mit 9,1 % überraschend deutlich die Fünfprozentmarke. Sie traten zur Landtagswahl 1988 in Ba-

den-Württemberg erstmals an und erzielten seinerzeit einen Stimmenanteil von 1 %. Bei der Landtagswahl 1992 waren sie schließlich mit dem spektakulären Ergebnis von knapp 11 % als drittstärkste Kraft in den baden-württembergischen Landtag eingezogen.

Sitzverteilung

Nach der Landtagswahl vom 24. März 1996 zogen 155 Abgeordnete in den baden-württembergischen Landtag ein (*Tabelle 1*). Diese hohe Zahl von Mandaten stellte aufgrund der Überhang- und Ausgleichsmandate einen Rekord seit Bestehen des baden-württembergischen Landtags dar. Von diesen insgesamt 155 Mandaten fielen 69 auf die CDU, die SPD errang 39 Sitze im Landesparlament. Auf die GRÜNEN entfielen 19 Mandate, weitere 14 Mandate konnte die FDP/DVP erlangen. Die REPUBLIKANER erhielten ebenfalls 14 Mandate. Von den 70 vergebenen Erstmandaten errang die CDU 69; das waren 5 mehr als zur Wahl von 1992. Die SPD kam auf lediglich 1 Erstmandat, 5 musste sie an die CDU abtreten.

Abschneiden der Spitzenkandidaten von 1996 in ihren Wahlkreisen

Aufgrund der Elemente der Persönlichkeitswahl im Wahlrecht Baden-Württembergs kann nicht nur die Parteizugehörigkeit des Kandidaten entscheidend sein für den Wahlausgang im Wahlkreis, sondern auch die Person, die in diesem Wahlkreis kandidiert. Deshalb ist der Blick auf die Wahlkreise von besonderem Interesse, in denen sich die Spitzenkandidaten der im Landtag vertretenen Parteien um das Erstmandat bewarben und in denen Landespolitiker kandidierten, die bedeutende Funktionen ausübten.

Ministerpräsident *Erwin Teufel* gewann sein Erstmandat im Wahlkreis Villingen-Schwenningen mit absoluter Stimmenmehrheit von 50,9 % und hat damit das drittbeste Wahlkreisergebnis der CDU erzielt. Auch *Günther Oettinger*, der Fraktionsvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, verteidigte sein Erstmandat im Landtagswahlkreis Vaihingen mit 39,6 %, *Gerhard Mayer-Vorfelder* hat das Erstmandat im Wahlkreis Stuttgart II mit 33,7 % gewonnen.

Tabelle 1
Sitzverteilung im Landtag von Baden-Württemberg seit 1952

Jahr	Insgesamt	CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP	REP	Sonstige ¹⁾
1952 ²⁾	121	50	38	–	23	–	10
1956	120	56	36	–	21	–	7
1960	121	52	44	–	18	–	7
1964	120	59	47	–	14	–	–
1968	127	60	37	–	18	–	12
1972	120	65	45	–	10	–	–
1976	121	71	41	–	9	–	–
1980	124	68	40	6	10	–	–
1984	126	68	41	9	8	–	–
1988	125	66	42	10	7	–	–
1992	146	64	46	13	8	15	–
1996	155	69	39	19	14	14	–

1) 1952: BHE 6, KPD 4; 1956: GB/BHE; 1960: GB/BHE; 1968: NPD. – 2) Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung.

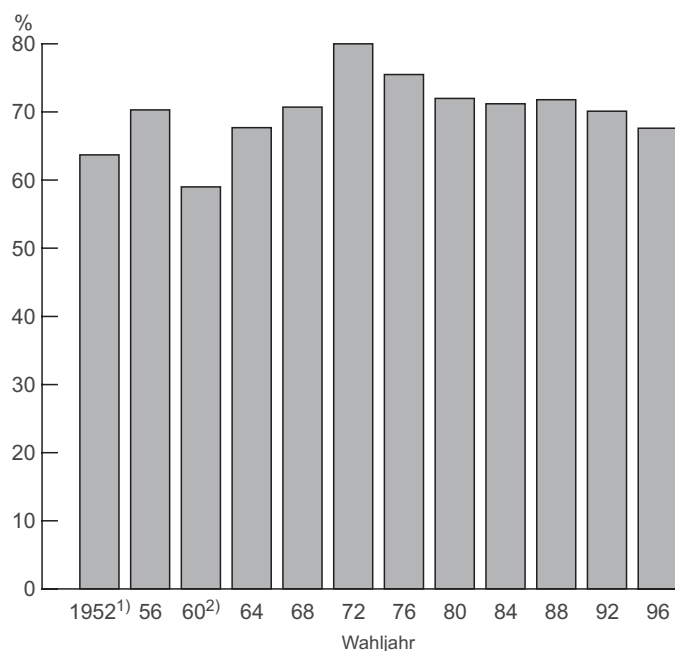
Die Kandidaten der baden-württembergischen SPD hingegen mussten bei der Landtagswahl 1996 zum Teil gravierende Verluste hinnehmen. Lediglich in einem Wahlkreis gelang es den Sozialdemokraten, das Erstmandat zu erringen: *Max Nagel* erzielte im Wahlkreis Mannheim I das beste Ergebnis für die Landes-SPD. Der Spitzenkandidat der SPD, *Dr. Dieter Spöri*, erreichte zwar im Wahlkreis Heilbronn das zweitbeste Ergebnis für die Sozialdemokraten im Land, musste allerdings das Erstmandat in diesem Wahlkreis *Johanna Lichy* von der CDU überlassen. Auch *Ulrich Maurer* musste im Wahlkreis Stuttgart III das Erstmandat seinem Gegenkandidaten *Clemens Winckler* von der CDU überlassen.

Der FDP/DVP-Spitzenkandidat *Dr. Walter Döring* erzielte im Wahlkreis Schwäbisch Hall mit 19,7 % das landesweit beste Ergebnis für die Liberalen. *Fritz Kuhn*, der Landesvorsitzende der GRÜNEN in Baden-Württemberg, konnte mit 17,0 % der gültigen Stimmen im Wahlkreis Stuttgart II eines der zehn besten Wahlkreis-Ergebnisse der GRÜNEN erringen. Der Landesvorsitzende der REPUBLIKANER in Baden-Württemberg, *Dr. Rolf Schlierer*, kandidierte im Wahlkreis Bietigheim-Bissingen und erzielte mit 11,9 % der Stimmen das zweitbeste Ergebnis für seine Partei.

Hält der langfristig deutliche Rückgang der Wahlbeteiligung an?

Mit Quoten zwischen 59 % und 80 % lag die Wahlbeteiligung bei den bisherigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg immer unterhalb der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen (Schaubild 2). Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung 1952 gaben 63,7 % der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die Beteiligungsquote schnellte dann zur Landtagswahl 1956 auf 70,3 % hoch, um bei der Landtagswahl 1960 mit 59 %

Schaubild 2
Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1952



1) Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung. – 2) Stand nach der Wiederholungswahl am 12. März 1961 in zwei Wahlkreisen.

den seitherigen absoluten Tiefpunkt zu erreichen. Bis zur Landtagswahl 1972 nahm die Wahlbeteiligung kontinuierlich zu und erreichte mit 80 % einen seitdem nicht mehr übertraffenen Spitzenwert. Von 1976 bis zur letzten Landtagswahl 1996 war dann ein nahezu kontinuierlicher Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung zu beobachten – nur unterbrochen durch eine leichte Zunahme bei der Landtagswahl 1988. So stellte die Beteiligungsquote von 67,6 % bei der Landtagswahl 1996 den zweitniedrigsten Wert bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg dar. Als Ursache für diese gestiegene Wahlmüdigkeit macht die Wahlforschung eine ganze Reihe von Faktoren aus. Neben einer wachsenden „Politikverdrossenheit“ als Ausdruck einer Unzufriedenheit mit den politischen Gegebenheiten wird der ansteigende Nichtwähleranteil auch mit einem Verlust der sozialen Bindungen in Zusammenhang gebracht. So führten zunehmende Individualisierungstendenzen zu einem abnehmenden Einfluss von bisher wichtigen Instanzen wie Kirche, Vereinen, Familien und Parteien. Eine weitere Ursache könnte auch in den sich annähernden inhaltlichen Profilen der Parteien zu suchen sein, die aus dem Blickwinkel der Wähler die Konturen der einzelnen Parteien in zunehmendem Maße verwischen und damit zu einer sinkenden Wahlteilnahme führen könnten. Interessant ist in diesem Kontext, dass die großen Volksparteien CDU und SPD immer weniger Stimmen (der Wahlberechtigten) auf sich konzentrieren können, während die Stimmenanteile der anderen Parteien auch als Folge der Pluralisierung des Parteienspektrums zugenommen haben. Auf diesen Aspekt der Stimmenausschöpfung soll im nächsten Abschnitt eingegangen werden. Angesichts der geschilderten Entwicklung der Wahlbeteiligung ist bei der bevorstehenden Landtagswahl deshalb von besonderem Interesse, ob der rückläufige Trend gebrochen werden kann.

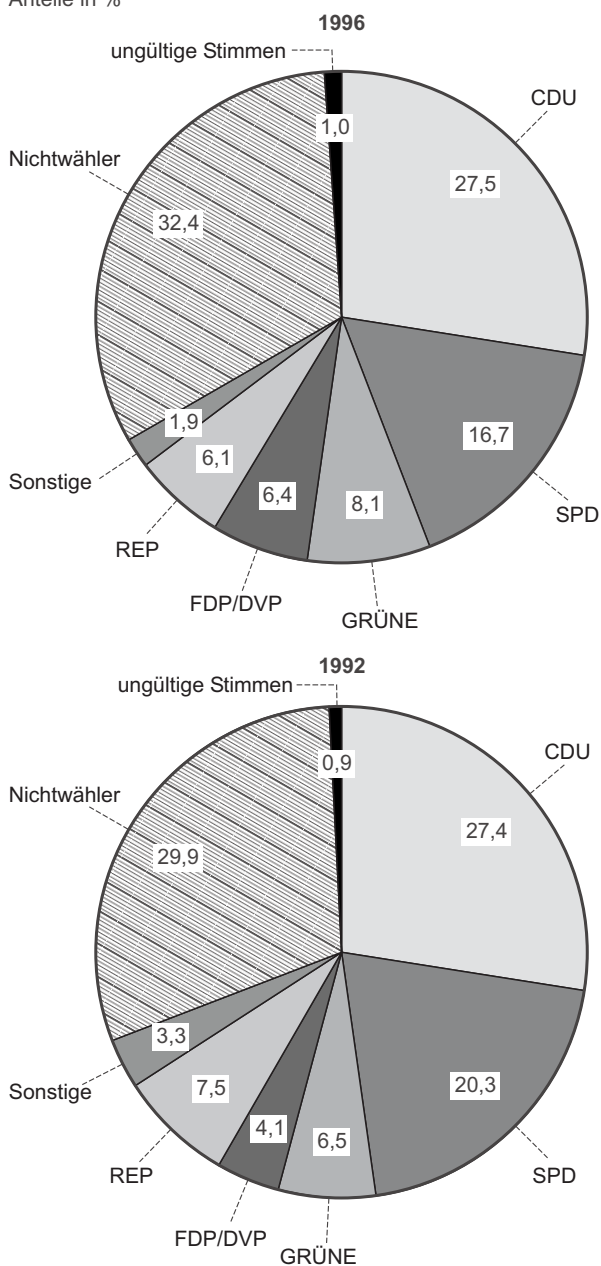
Nur noch rund 44 % der Wahlberechtigten wählen CDU oder SPD

Die Wahlanalysen stützen sich üblicherweise auf die Prozentanteile an den abgegebenen gültigen Stimmen. Im Rahmen der Untersuchung dieser Kerndaten, die auch die politische bedeutsame Betrachtungsweise darstellt, müssen allerdings auch gewisse Informationsverluste hingenommen werden. So werden die Auswirkungen unterschiedlich hoher Wahlbeteiligung nicht berücksichtigt, denn ein unveränderter Stimmenanteil einer Partei bei zwei aufeinander folgenden Wahlen ist nicht gleichzusetzen mit konstantem Wählerzuspruch. Dieses Ergebnis kann auch entstehen, wenn eine Partei deutliche Stimmenverluste bei einhergehend sinkender Wahlbeteiligung registrieren musste. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass der Umfang der Wahlbeteiligung einen maßgeblichen Einfluss auf das Wahlergebnis hat und Wählerwanderungen auch zwischen den Gruppen der Nichtwähler und der Wähler stattfinden, werden im Folgenden auch die Ausschöpfungsquoten (der Anteil an den Wahlberechtigten) und die absolut auf die einzelnen Parteien entfallenen Stimmen (und deren prozentuale Veränderung) näher untersucht.

Die weiter gesunkene Wahlbeteiligung und insbesondere die anteiligen Stimmenverluste der SPD zeigen, dass die großen Volksparteien CDU und SPD immer weniger Wahlberechtigte erreichen (Schaubild 3). Nur noch gut 44 % aller Wahlberechtigten gaben bei der Landtagswahl 1996 CDU oder SPD ihre Stimme, wobei für die CDU 27,5 % der Wahlberechtigten votierten (also ein gegenüber 1992 nahezu unveränderter Anteil), während sie gemessen an den abgegebenen Stimmen einen Zuwachs von 1,7 Prozentpunkten verzeichnete. Dieses voneinander abweichende Ergebnis ist auf die eingangs erwähnte rückläufige Wahlbeteiligung zurückzuführen. Die SPD wurde ledig-

Schaubild 3
Ausschöpfungsquoten der Parteien und Nichtwähleranteil bei den Landtagswahlen 1996 und 1992 in Baden-Württemberg

Anteile in %



Anmerkung: Die Ausschöpfungsquote ist der Anteil der gültigen Stimmen der Parteien an den Wahlberechtigten.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

34 01

lich von 16,7 % der Wahlberechtigten gewählt, nach 20,3 % bei der Landtagswahl 1992; das heißt, die Ausschöpfungsquote – gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten – ging bei den Sozialdemokraten um 3,6 Prozentpunkte zurück. Die Ausschöpfungsquote der GRÜNEN erhöhte sich 1996 gegenüber der Vorwahl stattdessen von 6,5 % auf 8,1 %. Ebenso votierten mehr Wahlberechtigte für die FDP/DVP, deren Anteil an den Wahlberechtigten von 4,1 % auf 6,4 % zulegte. Die Ausschöpfungsquote der REPUBLIKANER ermäßigte sich demgegenüber von 7,5 % auf 6,1 %. Der Anteil der Sonstigen an den Wahlberechtigten ging von 3,3 % auf 1,9 % zurück. Der auf der Basis der Stimmenaus-

schöpfung errechnete Abstand zwischen den großen Volksparteien CDU und SPD und sämtlichen anderen Parteien ist weiter zusammengeschrumpft. Hatten CDU und SPD – gemessen an den prozentualen Anteilen der einzelnen Parteien an den Wahlberechtigten zusammen – zur Wahl von 1992 vor den anderen Parteien noch einen Vorsprung von 26,3 Prozentpunkten, so ging dieser 1996 auf 21,7 Prozentpunkte zurück. Weiter an Bedeutung gewonnen hat das Lager der Nichtwähler: Konnte 1992 die „Partei der Nichtwähler“ mit 29,9 % an den Wahlberechtigten erst 2,5 Prozentpunkte mehr auf sich vereinigen als die CDU, so lagen die Nichtwähler (32,4 %) bei der Landtagswahl 1996 bereits anteilig um knapp 5 Prozentpunkte vor der Union.

SPD verliert 1996 mehr als eine Viertelmillion Stimmen

Zwar nahm die Zahl der Wähler seit der Landtagswahl 1992 um gut 155 000 ab, bei einer gleichzeitigen Zunahme der Wahlberechtigten um rund 35 000. Diese Abnahme traf allerdings nicht alle Parteien gleichermaßen (Tabelle 2). Vielmehr war die Entwicklung bei den einzelnen Parteien höchst unterschiedlich. In erster Linie musste die SPD einen „Wählerschwund“ beklagen: Sie verzeichnete 255 000 Wählerstimmen weniger als 1992, was einem beachtlichen Rückgang von 17,6 % entsprach. Einen stattlichen Verlust von mehr als 101 000 Stimmen verbuchten auch die REPUBLIKANER, die damit fast 19 % weniger Stimmen bekamen als bei der Landtagswahl 1992. Auf der Minusseite standen auch die sonstigen Parteien, die sich absolut auf über 102 000 Stimmen (das ist ein Rückgang von mehr als 43 %) weniger stützen konnten. Alle anderen Parteien stiegen, auch absolut betrachtet, in der Wählergunst, wobei die FDP/DVP mit einem Plus von über 167 000 Stimmen am stärksten zulegen konnte. Prozentual bedeutete dies bei den Liberalen einen Zuwachs von gut 57 %. Die Wählerschaft der GRÜNEN erhöhte sich um etwa 113 000, was immerhin einer prozentualen Zunahme von rund 24 % entsprach. Auch die CDU blieb vom „Wählerschwund“ verschont und legte leicht um fast 15 000 Stimmen (+ 0,7 %) zu. Insgesamt zeigen die teilweise erheblichen Abweichungen bei den Zu- und Abnahmen eine bemerkenswerte zahlenmäßige Verschiebung innerhalb der Wählerschaft und der Wahlberechtigten.

Hochburgen und Diasporagebiete

Im Folgenden wird das Abschneiden der Parteien bei der Landtagswahl 1996 in ihren Hochburgen und ihren Diasporagebieten betrachtet. Unter Hochburgen werden hier die zehn Landtagswahlkreise verstanden, in denen die Parteien am besten abgeschnitten haben, während die Diasporagebiete jeweils die zehn Landtagswahlkreise mit den schlechtesten Wahlergebnissen der Parteien darstellen.

Die Hochburgen der CDU sind eher ländliche Wahlkreise mit niedriger Bevölkerungsdichte, der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt. Die CDU erzielte 1996 in ihren Hochburgen im Durchschnitt einen Stimmenanteil von 50,5 % (Tabelle 3) und lag damit um rund 9 Prozentpunkte über ihrem Landeswert. Mit einem Plus von 2,7 Prozentpunkten konnte die Union in ihren Hochburgen mehr Stimmenanteile hinzugewinnen als im Landesdurchschnitt (+ 1,7 Prozentpunkte). Die SPD, GRÜNEN, Liberalen und REPUBLIKANER schnitten in den CDU-Hochburgen allesamt unterdurchschnittlich ab. Der Stimmenvorsprung der CDU zur SPD betrug hier immerhin über 30 Prozentpunkte. Die Wahlbeteiligung lag in den Hochburgen der Union mit 66,6 % leicht unter dem Landesdurchschnitt. In ihren Diasporagebieten gaben lediglich

Tabelle 2

Wahlberechtigte, Wähler und gültige Stimmen bei den Landtagswahlen 1996 und 1992 in Baden-Württemberg

Bezeichnung	Einheit	Wahlberechtigte	Wähler	Darunter gültige Stimmen für					
				CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP	REP	Sonstige
Landtagswahl 1996	Anzahl	7 189 906	4 859 305	1 974 619	1 199 123	580 801	458 478	437 228	133 880
Landtagswahl 1992	Anzahl	7 154 575	5 014 446	1 960 016	1 454 477	467 781	291 199	539 014	236 712
Veränderung ¹⁾	Anzahl	+ 35 331	- 155 141	+ 14 603	- 255 354	+ 113 020	+ 167 279	- 101 786	- 102 832
	%-Punkte	+ 0,5	- 3,1	+ 0,7	- 17,6	+ 24,2	+ 57,4	- 18,9	- 43,4

1) 1996 gegenüber 1992.

33,2 % der Wähler ihre Stimme der CDU. Mit 0,9 Prozentpunkten lagen die Gewinne der CDU in ihren Diasporagebieten unter dem durchschnittlichen Zuwachs im Land.

Die SPD-Hochburgen sind die eher urban geprägten Wahlkreise mit einem vergleichsweise hohen Anteil evangelischer Bevölkerung und tendenziell hoher Erwerbslosenquote. Die SPD lag in ihren Hochburgen 1996 mit einem Stimmenanteil von 31,3 % um gut 6 Prozentpunkte über ihrem Landesergebnis. Die Verluste fielen hier gegenüber 1992 mit 3,5 Prozentpunkten etwas geringer aus als im Land insgesamt. Auffällig ist die geringe Wahlbeteiligung (66,3 %) in den SPD-Hochburgen. Während die REPUBLIKANER in den SPD-Hochburgen vergleichsweise günstig abschnitten, blieben alle anderen Parteien hinter ihrem Landeswert zurück. In ihren Diasporagebieten, bei denen es sich um die traditionellen Hochburgen der CDU handelt, erzielten die Sozialdemokraten einen Stimmenanteil von lediglich 18,9 %.

Die Hochburgen der GRÜNEN sind die Universitätsstandorte und die eher städtisch geprägten Gebiete mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich. Des Weiteren handelt es sich auch um Gebiete, in denen der Anteil der evangelischen Bevölkerung tendenziell überwiegt. Mit einem Stimmenanteil von 19,4 % schnitten die GRÜNEN in ihren Hochburgen deutlich besser ab als im Landesschnitt. Die CDU blieb mit 36,3 % in den Hochburgen der GRÜNEN merklich unter ihrem landesweiten Ergebnis. Ebenfalls unterdurchschnittlich fiel hier das Ergebnis der REPUBLIKANER (6,2 %) aus. In ihren Diasporagebieten erzielten die GRÜNEN einen Stimmenanteil von lediglich 8,1 %, konnten aber auch hier – verglichen mit 1992 – Stimmengewinne von 1,6 Prozentpunkten erreichen.

Die Hochburgen der FDP/DVP befinden sich traditionsgemäß in den protestantisch geprägten Gebieten sowie in denjenigen Gebieten, in denen die Bevölkerung über eine hohe Kaufkraft verfügt. Der Stimmenanteil der Liberalen in ihren Hochburgen lag mit 14,2 % um ganze 4,6 Prozentpunkte über dem Landesergebnis. Gegenüber der Landtagswahl 1992 konnte die FDP/DVP in ihren Hochburgen Stimmengewinne von satten 6,3 Prozentpunkten verzeichnen. Auffällig ist hier die hohe Wahlbeteiligung von 70,6 %. Die Wahlresultate zwischen FDP/DVP-Hochburgen und ihren Diasporagebieten (5,8 %) liegen um 8,4 Prozentpunkte auseinander.

Die REPUBLIKANER-Hochburgen zeichnen sich durch einen tendenziell hohen Protestantenanteil in der Bevölkerung sowie durch eine eher hohe Kaufkraft aus. Überdies ist ihre Wirtschaftsstruktur überdurchschnittlich durch das Produzierende Gewerbe geprägt. Die REPUBLIKANER erreichten in ihren Hochburgen einen Stimmenanteil von 13,3 %. Die CDU lag in den REPUBLIKANER-Hochburgen mit 36,2 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt,

während die SPD mit 26,2 % ein im Landesvergleich besseres Resultat verbuchte. In ihren Diasporagebieten wiesen die REPUBLIKANER einen Stimmenanteil von lediglich 5,4 % auf.

Überdurchschnittliche Verluste der SPD seit 1984 in ihren Hochburgen

Ein Rückblick auf die letzten vier Landtagswahlen zeigt, dass die SPD in ihren Hochburgen noch stärker verloren hat als im Landesdurchschnitt. Zugrunde gelegt wurden hierbei die zehn Hochburgen der Landtagswahlen 1996. Während die Sozialdemokraten seit der Landtagswahl 1984 (Stimmenanteil: 32,4 %) infolge eines kontinuierlichen Abwärtstrends bis 1996 (Stimmenanteil: 25,1 %) Einbußen von 7,3 Prozentpunkten verkrachten mussten, fielen die Verluste in den Hochburgen mit 8,4 Prozentpunkten noch kräftiger aus. So sank im Durchschnitt der Stimmenanteil der SPD in ihren Hochburgen seit der Landtagswahl 1984 von 39,7 % auf 31,3 %. Die herbsten Verluste mussten die Sozialdemokraten dabei im Wahlkreis Mannheim I hinnehmen. Dort rutschten sie seit 1984 von 54,9 % auf 40,1 % und damit um 14,8 Prozentpunkte ab. Am zweitstärksten verloren sie Stimmenanteile im Wahlkreis Mannheim II: Hier nahm die SPD von 42,8 % auf 30,6 % (- 12,2 Prozentpunkte) ab. Relativ moderat war dagegen der Rückgang im Wahlkreis Aalen: Die SPD musste von 1984 bis 1996 lediglich einen Verlust von 1,5 Prozentpunkten (von 32,3 % auf 30,8 %) verbuchen. In ihren Diasporagebieten (den zehn Wahlkreisen mit den niedrigsten Stimmenanteilen) haben die Sozialdemokraten mit einem Minus von 4,4 Prozentpunkten unterdurchschnittlich verloren, wobei das deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegende Niveau der Stimmenanteile berücksichtigt werden muss. So lag die SPD im Durchschnitt in den Diasporagebieten 1984 lediglich bei 23,3 %. Bis 1996 fiel sie in diesen zehn Wahlkreisen auf 18,9 % zurück.

CDU büßt in ihren Hochburgen seit 1984 mehr als 11 Prozentpunkte ein

Die Verluste der Unionspartei lagen im Durchschnitt in ihren Hochburgen seit der Landtagswahl 1984 um knapp 1 Prozentpunkt über den Einbußen im Landesdurchschnitt. So verlor die CDU in den Hochburgen 11,4 Prozentpunkte gegenüber 10,6 Prozentpunkten im Land insgesamt. Besonders stark ging der CDU-Anteil im Wahlkreis Wangen zurück; hier reduzierte sich ihr Stimmenanteil von 69,5 % um 19 Prozentpunkte auf 50,5 % bei der Landtagswahl 1996. Weit überdurchschnittlich fielen auch die Verluste in den Wahlkreisen Biberach und Sigmaringen aus, wo die CDU jeweils um 16,5 Prozentpunkte zurückging. Dagegen hielten sich die Abnahmen in den Hochburgen Villingen-

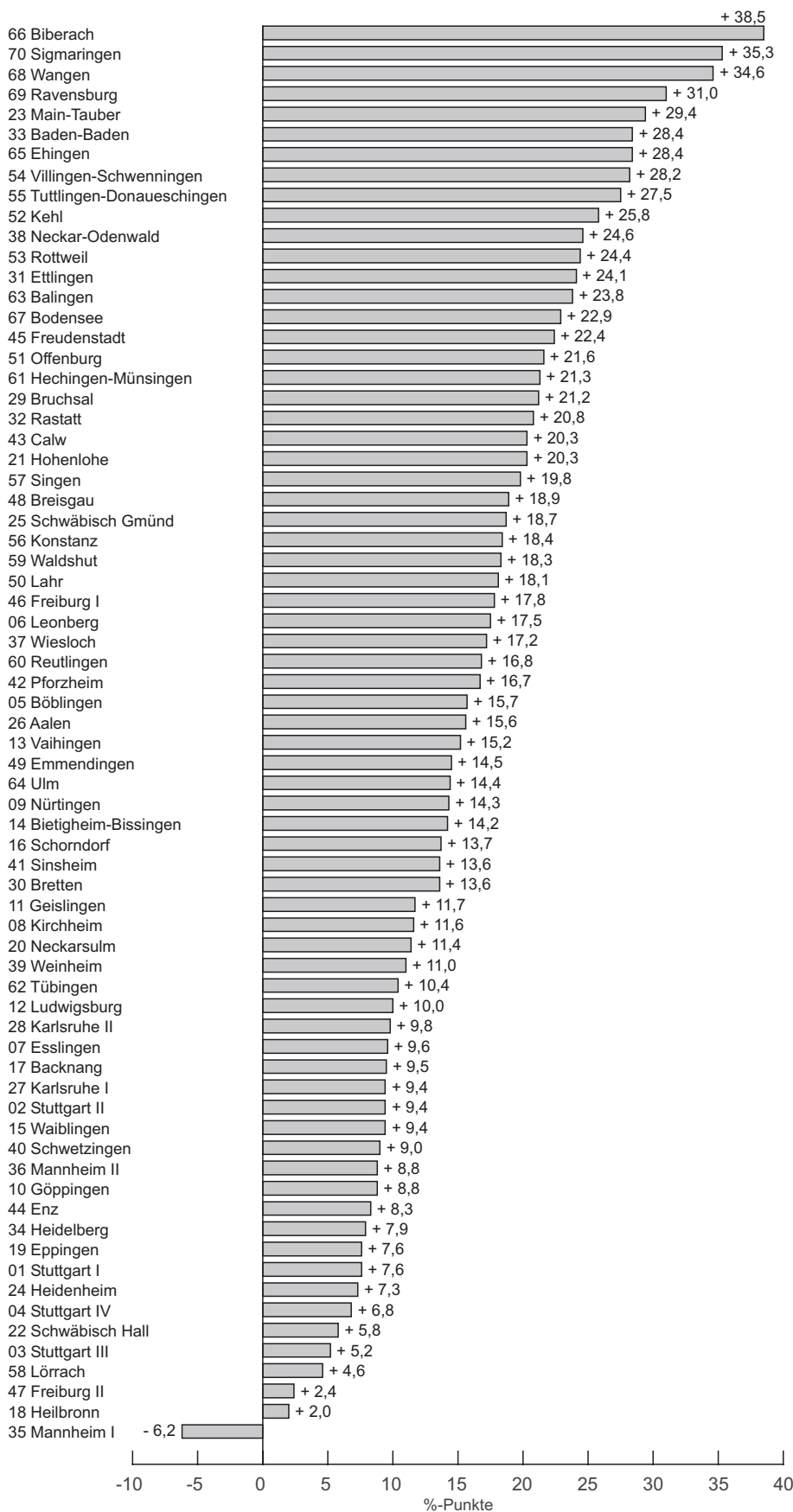
Tabelle 3

Stimmenanteile und Wahlbeteiligung in den Hochburgen und Diasporagebieten der Parteien bei der Landtagswahl 1996 in Baden-Württemberg

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP	REP	Sonstige	Wahlbeteiligung
Landtagswahl 1996								
Hochburgen der								
CDU	%	50,5	20,3	10,0	7,5	8,3	3,4	66,6
SPD	%	39,0	31,3	10,4	7,5	9,7	2,1	66,3
GRÜNEN	%	36,3	25,3	19,4	9,8	6,2	2,9	66,7
FDP/DVP	%	36,5	23,8	11,6	14,2	11,0	2,9	70,6
REP	%	36,2	26,2	9,8	11,8	13,3	2,8	68,8
Sonstigen	%	43,4	20,7	13,4	9,3	8,5	4,7	67,3
Wahlbeteiligung	%	38,3	25,1	13,5	10,7	10,0	2,4	71,9
Baden-Württemberg	%	41,3	25,1	12,1	9,6	9,1	2,8	67,6
Veränderungen gegenüber 1992								
Hochburgen der								
CDU	%-Punkte	+ 2,7	- 4,6	+ 2,6	+ 2,9	- 1,3	- 2,3	- 2,8
SPD	%-Punkte	+ 2,3	- 3,5	+ 1,9	+ 2,8	- 1,7	- 1,8	- 1,8
GRÜNEN	%-Punkte	+ 1,4	- 6,5	+ 5,4	+ 3,2	- 2,4	- 1,2	- 2,6
FDP/DVP	%-Punkte	+ 0,4	- 4,2	+ 2,1	+ 6,3	- 1,5	- 3,1	- 2,8
REP	%-Punkte	+ 0,8	- 4,0	+ 1,4	+ 4,9	- 1,6	- 1,4	- 2,5
Sonstigen	%-Punkte	+ 1,2	- 4,7	+ 3,5	+ 3,7	- 1,9	- 1,7	- 2,7
Wahlbeteiligung	%-Punkte	+ 1,3	- 3,2	+ 2,6	+ 4,1	- 1,9	- 3,0	- 2,9
Baden-Württemberg	%-Punkte	+ 1,7	- 4,3	+ 2,6	+ 3,7	- 1,8	- 2,0	- 2,5
Landtagswahl 1996								
Diasporagebiete der								
CDU	%	33,2	27,1	13,9	12,0	10,6	3,2	67,8
SPD	%	48,0	18,9	11,5	9,2	8,4	3,9	67,5
GRÜNEN	%	47,2	24,4	8,1	8,1	9,3	2,8	67,7
FDP/DVP	%	45,5	26,2	10,6	5,8	8,9	2,9	66,2
REP	%	40,0	25,7	16,9	9,0	5,4	3,0	65,6
Sonstigen	%	42,8	27,3	11,7	8,3	8,5	1,3	68,8
Wahlbeteiligung	%	41,0	27,4	13,5	7,7	7,2	3,2	61,8
Baden-Württemberg	%	41,3	25,1	12,1	9,6	9,1	2,8	67,6
Veränderungen gegenüber 1992								
Diasporagebiete der								
CDU	%-Punkte	+ 0,9	- 4,9	+ 2,6	+ 4,5	- 2,0	- 1,0	- 2,5
SPD	%-Punkte	+ 1,0	- 4,4	+ 3,1	+ 3,8	- 1,3	- 2,3	- 2,4
GRÜNEN	%-Punkte	+ 1,5	- 3,1	+ 1,6	+ 3,2	- 0,6	- 2,7	- 1,9
FDP/DVP	%-Punkte	+ 3,2	- 4,1	+ 2,5	+ 1,9	- 1,7	- 1,9	- 2,1
REP	%-Punkte	+ 2,2	- 5,9	+ 4,3	+ 3,1	- 2,1	- 1,5	- 2,5
Sonstigen	%-Punkte	+ 2,7	- 3,9	+ 2,4	+ 2,9	- 2,0	- 2,3	- 2,5
Wahlbeteiligung	%-Punkte	+ 2,2	- 5,6	+ 3,3	+ 2,9	- 0,9	- 1,8	- 1,9
Baden-Württemberg	%-Punkte	+ 1,7	- 4,3	+ 2,6	+ 3,7	- 1,8	- 2,0	- 2,5

Anmerkung: Hochburgen einer Partei sind die zehn Wahlkreise, in denen diese Partei bei der Landtagswahl 1996 die höchsten Stimmenanteile erzielt hat. Diasporagebiete einer Partei sind hingegen die zehn Wahlkreise, in denen diese Partei bei der Landtagswahl 1996 die niedrigsten Stimmenanteile erzielt hat.

Schaubild 4
Stimmenabstand zwischen CDU und SPD bei der Landtagswahl 1996 in den Wahlkreisen Baden-Württembergs



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

35 01

Schwenningen und Ettlingen mit einem Minus von gut 5 bzw. 4 Prozentpunkten in Grenzen. Die Stimmenverluste der Unionspartei in ihren Diasporagebieten lagen mit einem Rückgang von 10,2 Prozentpunkten in etwa in der Größenordnung des Landesdurchschnitts.

Mehrheitsverhältnisse in den 70 Wahlkreisen

Aufgrund der wahlrechtlichen Bestimmungen kommt den Landtagswahlkreisen innerhalb des Wahlsystems Baden-Württembergs eine besondere Bedeutung zu. Anhand eines Rückblicks auf die Mehrheitsverhältnisse in den 70 baden-württembergischen Wahlkreisen nach der Landtagswahl 1996 lässt sich aufzeigen, in welchen Wahlkreisen stabile Mehrheitsverhältnisse herrschten und wo der Wahlausgang 1996 knapp war (Schaubild 4). Wie bei allen Landtagswahlen seit 1972 kamen bei den Erstmandaten nur die beiden großen Parteien zum Zug. Von den 69 Wahlkreisen, in denen die CDU bei der Landtagswahl 1996 das Erstmandat errungen hatte, können 22 als überaus stabile CDU-Bastionen bezeichnet werden, denn hier lag der Stimmenvorsprung zur SPD bei über 20 Prozentpunkten. In vier dieser Wahlkreise, namentlich in Biberach, Sigmaringen, Wangen und Ravensburg, lag der Vorsprung zur SPD sogar bei über 30 Prozentpunkten. In weiteren 27 Wahlkreisen dominierte die CDU ebenfalls deutlich; hier lag der Stimmenabstand zu den Sozialdemokraten zwischen 10 und 20 Prozentpunkten. In 17 Wahlkreisen betrug der Vorsprung der CDU vor der SPD weniger als 10 Prozentpunkte.

Aus der Sicht der Landtagswahl 1996 könnte sich die SPD am ehesten in jenem Wahlkreis Chancen ausrechnen, in dem die SPD 1996 ihr einziges Erstmandat gewonnen hat: Wahlkreis Mannheim I. Der Stimmenvorsprung zur CDU betrug dabei 6,2 Prozentpunkte.

Als Wahlkreise mit knapper Mehrheit können die Wahlkreise bezeichnet werden, in denen der Abstand zwischen Union und SPD bei unter 5 Prozentpunkten lag. Nach den Ergebnissen der Landtagswahl 1996 war dies lediglich in den Wahlkreisen Heilbronn, Freiburg II und Lörrach der Fall. Es handelt sich dabei um die drei Wahlkreise, die 1996 mit einem derart geringen Stimmenvorsprung von der CDU erobert wurden, sodass hier erneut ein spannendes Rennen zwischen CDU und SPD bei der anstehenden Landtagswahl nicht ausgeschlossen werden kann.

Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik

Wahlbeteiligung sank 1996 in allen Altersgruppen

Der Rückgang der Wahlbeteiligung erfasste nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik bei der Landtagswahl 1996 bei Männern und Frauen alle Altersgruppen (Tabelle 4). Eine besonders deutliche Abnahme des Engagements an den Wahlen war dabei mit einem Minus von 5,4 Prozentpunkten in der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen festzustellen. Die Beteiligungsquote der Frauen insgesamt (63,6 %) fiel um fast 4 Prozentpunkte niedriger aus als die der Männer (67,3 %). Es zeigte sich weiterhin das Muster vergangener Landtagswahlen: Je älter die Wahlberechtigten, desto höher fällt die Wahlbeteiligung aus.

Auch bei der Landtagswahl 2001 unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung bei den jungen Wahlberechtigten?

Wie die Ergebnisse der Wahlforschung zeigen, ist für Jüngere die Stimmabgabe bei den Wahlen weniger „Bürgerpflicht“ als für Ältere. Die Wahlbeteiligung der über 35-Jährigen lag immerhin um rund 15 Prozentpunkte höher als bei den unter 35-Jährigen. In den Altersgruppen der 50- bis 69-Jährigen erreichte die Beteiligungsquote sogar Werte von deutlich über 70 %. Auf der anderen Seite zeigten vor allem die jungen Wahlberechtigten ein hohes Ausmaß an Wahlabstinenz. So beteiligten sich von den 21- bis 24-jährigen Wahlberechtigten gerade mal die Hälfte an der Landtagswahl. Extrem „wahlmüde“ zeigte sich die Altersgruppe der 21- bis 24-jährigen Frauen: Bei einer Beteiligungsquote von 47 % überstieg hier der Nichtwähleranteil sogar den Wähleranteil. Es stellt sich für die Landtagswahl 2001 somit die Frage, ob es den Parteien gelingt, gerade bei den jüngeren Altersgruppen die Bereitschaft zu wecken, sich stärker an der Wahl zu beteiligen.

Erneut Gewinne der CDU bei den Jungwählern?

Die CDU konnte bei der Landtagswahl 1996 vor allem bei den jüngeren Wählern verlorenes Terrain zurückerobern, nachdem sie bei der Landtagswahl 1992 in dieser Gruppe noch Einbrüche in

zweistelliger Höhe verkräften musste. Sie legte besonders stark mit 7,4 Prozentpunkten bei den 18- bis 24-jährigen Jungwählern zu. Nahezu spiegelbildlich konträr ist die Entwicklung bei der SPD, die zwar in allen Altersgruppen an Unterstützung verlor, jedoch besonders kräftige Rückschläge bei den jüngeren Wählern einstecken musste. Am höchsten lagen die Abnahmen bei den Sozialdemokraten mit einem Minus von 7,2 Prozentpunkten bei den 25- bis 34-jährigen Wählern. Bei den Jungwählern landete die SPD mit 19,9 % der Stimmen nur noch auf Platz 3, hinter den GRÜNEN (21,2 %) und der CDU (35,5 %) (Schaubild 5). Die Gewinne der GRÜNEN erstreckten sich über alle Altersgruppen. Mit einem Plus von 5,8 Prozentpunkten fiel der gestiegene Zuspruch bei den Wählern in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen besonders kräftig aus. Die FDP/DVP verzeichnete ebenfalls Gewinne in allen Altersgruppen. Schwerpunktartig kristallisierten sich Zuwächse bei den 45- bis 59-Jährigen mit einem Plus von 5,6 Prozentpunkten heraus. Die REPUBLIKANER büßten dagegen in allen Altersgruppen Stimmen ein, die mit einem Minus von 5 Prozentpunkten bei den Jungwählern am kräftigsten ausfielen.

Zwei Fünftel der CDU-Wähler sind 60 Jahre und älter, aber nur 6,5 % der GRÜNEN-Wähler

Wird das Wahlergebnis für die CDU bei der Landtagswahl 2001 wie bei vergangenen Wahlen wieder besonders stark von den älteren Wählern geprägt oder gewinnen die jungen Wähler innerhalb der Wählerschaft an Gewicht? Die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 1996 zeigten jedenfalls einen überdurchschnittlich hohen Anteil älterer Menschen innerhalb der CDU-Wählerschaft (Tabelle 5). Rund 38 % der CDU-Wähler waren 60 Jahre und älter. Bei der SPD, den Liberalen und den REPUBLIKANERN betrug der Anteil nur etwa 29 % und bei den GRÜNEN sogar lediglich 6,5 %. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, ob die GRÜNEN im bisherigen Ausmaß die Partei der jungen Wähler bleiben. Immerhin rekrutierte sich 1996 fast die Hälfte der GRÜNEN-Wählerschaft aus den unter 35-Jährigen. Bei der CDU war es noch nicht einmal ein Fünftel, bei der SPD und den Liberalen ein gutes Fünftel, bei den REPUBLIKANERN ein Viertel der Wählerschaft.

Tabelle 4

Wahlbeteiligung*) bei den Landtagswahlen 1996 und 1992 in Baden-Württemberg nach Geschlecht und Altersgruppen

Wahljahr Veränderung (V)	Einheit	Wahl- beteiligung insgesamt	Davon im Alter von ... bis ... Jahren									
			18 - 20	21 - 24	25 - 29	30 - 34	35 - 39	40 - 44	45 - 49	50 - 59	60 - 69	70 und mehr
Männer												
1996	%	67,3	62,5	52,8	53,7	57,8	62,8	67,1	71,0	75,6	80,0	72,8
1992	%	70,3	64,4	57,5	59,5	62,8	68,0	71,7	75,8	78,1	81,0	74,0
V	%-Punkte	- 3,0	- 1,9	- 4,7	- 5,8	- 5,0	- 5,2	- 4,6	- 4,8	- 2,5	- 1,0	- 1,2
Frauen												
1996	%	63,6	54,8	47,2	52,0	56,9	61,8	66,9	68,4	72,6	75,4	60,0
1992	%	66,1	57,3	50,5	56,1	60,8	67,3	70,7	74,0	74,6	76,2	61,1
V	%-Punkte	- 2,5	- 2,5	- 3,3	- 4,1	- 3,9	- 5,5	- 3,8	- 5,6	- 2,0	- 0,8	- 1,1
Männer und Frauen												
1996	%	65,3	58,6	50,0	52,8	57,3	62,3	67,0	69,7	74,1	77,6	64,1
1992	%	68,1	60,9	54,0	57,8	61,9	67,7	71,2	74,9	76,3	78,4	65,2
V	%-Punkte	- 2,8	- 2,3	- 4,0	- 5,0	- 4,6	- 5,4	- 4,2	- 5,2	- 2,2	- 0,8	- 1,1

*) Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein.

180 000 Wahlberechtigte mehr bei der Landtagswahl am 25. März 2001

Die Zahl der Wahlberechtigten wird sich bei der kommenden Landtagswahl voraussichtlich auf 7,4 Mill. belaufen. Damit steigt die Zahl der wahlberechtigten Männer und Frauen nach einer Vorausrechnung des Statistischen Landesamtes gegenüber der letzten Landtagswahl um etwa 180 000 Personen an. Im Gegensatz zur Europawahl 1999 und zu den Kommunalwahlen 1999, bei denen neben den deutschen Staatsbürgern im Land auch Bürger aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wahlberechtigt waren, können an der kommenden Landtagswahl nur deutsche Wahlberechtigte teilnehmen.

Der Anteil der Frauen an der wahlberechtigten Bevölkerung liegt nach der Vorausberechnung mit über 52 % höher als der der Männer. Betrachtet man die Altersstruktur, wird die Überzahl der weiblichen Wahlberechtigten allerdings erst in der Altersgruppe der über 50-Jährigen offensichtlich: Innerhalb dieser Gruppe liegt der Anteil der Frauen mit knapp 56 % deutlich höher als bei der Gesamtzahl der Wahlberechtigten. Besonders augenfällig wird diese Überzahl in der Altersgruppe der 70-Jährigen und Älteren: Hier sind knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten Frauen. Demgegenüber sind die Männer lediglich bei den unter 50-Jährigen mit 50,7 % der Wahlberechtigten leicht in der Überzahl.

480 000 Erstwähler bei der Landtagswahl

Unter den voraussichtlich 7,4 Mill. Wahlberechtigten sind rund 480 000 „Erstwähler“, das heißt junge Wähler, die erstmals zur Teilnahme an einer Landtagswahl in Baden-Württemberg aufgerufen sind. Damit hat jeder 15. Wahlberechtigte zum ersten Mal die Möglichkeit, bei einer Landtagswahl teilzunehmen. Darunter sind rund 147 000 junge Wahlberechtigte, die nunmehr das Wahlalter erreicht haben und überhaupt das erste Mal ihren Stimmzettel bei einer Wahl abgeben können. Lediglich 2 % der

Schaubild 5
Geschlechts- und altersspezifische Stimmabgabe bei der Landtagswahl 1996 in Baden-Württemberg

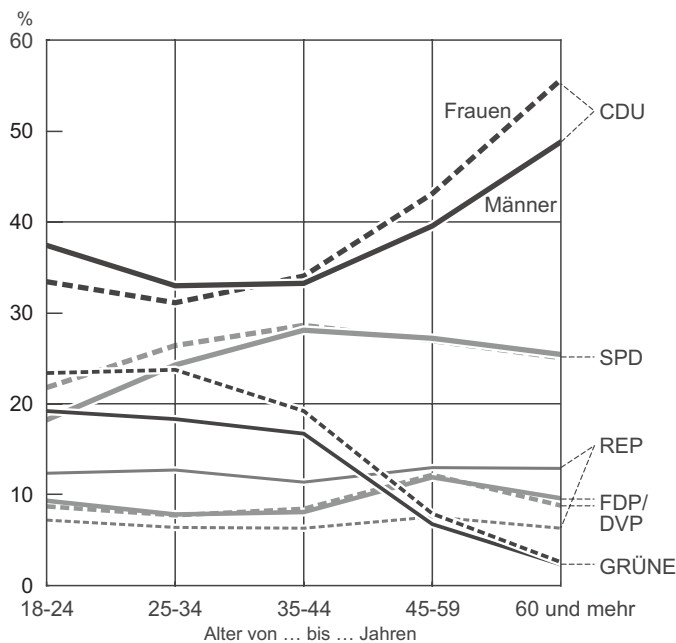


Tabelle 5
Wählerschaft*) der Parteien bei der Landtagswahl 1996 in Baden-Württemberg nach Geschlecht und Altersgruppen

Partei	Von 100 gültigen Stimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählern im Alter von ... bis ... Jahren				
	18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	60 und mehr
Männer					
CDU	6,8	15,4	17,1	27,6	33,0
SPD	5,1	17,4	22,1	29,1	26,3
GRÜNE	13,1	31,9	32,0	17,3	5,7
FDP/DVP	7,0	15,1	17,0	34,2	26,7
REP	7,1	18,7	18,4	28,5	27,4
Sonstige	11,8	32,2	21,4	22,4	12,2
Frauen					
CDU	4,6	12,3	14,6	25,8	42,6
SPD	5,0	17,2	20,1	26,3	31,4
GRÜNE	11,8	34,1	29,8	17,2	7,2
FDP/DVP	5,5	13,9	16,5	33,2	30,8
REP	6,4	16,5	17,3	28,9	30,9
Sonstige	11,7	28,1	21,4	21,6	17,2
Männer und Frauen					
CDU	5,7	13,8	15,8	26,7	38,1
SPD	5,0	17,3	21,0	27,7	29,0
GRÜNE	12,4	33,1	30,8	17,3	6,5
FDP/DVP	6,3	14,5	16,8	33,7	28,8
REP	6,8	17,9	18,0	28,6	28,7
Sonstige	11,7	29,9	21,4	21,9	15,1

*) Ohne Briefwähler.

Wahlberechtigten können sich folglich erstmals an einer Wahl beteiligen. Als Jungwähler werden die gut 660 000 Wahlberechtigten (knapp 9 %) im Alter zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet. Rund 500 000 Wahlberechtigte sind zwischen 25 und 29 Jahre alt. Eine anteilig große Bedeutung hat mit knapp 1,6 Mill. Wahlberechtigten die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen (21 %). Weitere 18 % (1,3 Mill.) der wahlberechtigten Männer und Frauen gehören der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen an, etwa jeder siebte Wahlberechtigte ist zwischen 50 und 59 Jahre alt.

Anteil der „älteren“ Wahlberechtigten so hoch wie nie zuvor

Einen maßgeblichen Einfluss auf den Ausgang der Landtagswahl können auch die über 60 Jahre alten Wahlberechtigten nehmen: Knapp 2,3 Mill. der wahlberechtigten Baden-Württemberger – dies entspricht über 30 % – gehören bei der kommenden Landtagswahl zu dieser Altersgruppe, so viele wie nie zuvor. Allein mehr als jeder siebte Wahlberechtigte ist zur bevorstehenden Landtagswahl 70 Jahre und älter. Der hohe Anteil der älteren Wahlberechtigten ist nicht zuletzt deshalb von besonderer Bedeutung, weil diese Bevölkerungsgruppe eine deutlich höhere Wahlbeteiligung als die jüngeren Altersgruppen aufweist: So lag die Wahlbeteiligung der 60- bis 69-Jährigen bei der Landtagswahl 1996 nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik mit 78 % weit über dem Landesdurchschnitt (65,3 %).